

Rüdiger Hachtmann

Die Wissenschaftslandschaft zwischen 1930 und 1949. Profilbildung und Ressourcenverschiebung

<https://doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1155>

Reprint von: Rüdiger Hachtmann, Die Wissenschaftslandschaft zwischen 1930 und 1949. Profilbildung und Ressourcenverschiebung, in: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann, Konrad H. Jarausch, Jürgen John, Matthias Middell (Hg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010, S. 193-205 ISBN: 978-3-525-35899-3

Rüdiger Hachtmann

Die Wissenschaftslandschaft zwischen 1930 und 1949

Profilbildung und Ressourcenverschiebung

Die Strukturen wie die Ressourcenkonstellationen in der Wissenschaftslandschaft 1930 bis 1945 sind wesentlich durch vier Aspekte charakterisiert: (1.) durch den Primat der Kriegsrelevanz, (2.) durch eine institutionelle, vorgeblich polykratische Zersplitterung der reichsdeutschen Wissenschaftslandschaft – die ihrerseits den Hintergrund für das von der älteren Historiographie aufgestellte Diktum der vermeintlichen Ineffizienz der Forschung während des „Dritten Reiches“ abgab –, (3.) durch eine doppelte Ressourcenverschiebung innerhalb des Gesamtkomplexes der Wissenschaften und (4.) durch die Expansion der reichsdeutschen Wissenschaften auf dem Rücken der Wehrmacht ab 1938.

I.

Wie die Wirtschaft folgte auch die Wissenschaft während des „Dritten Reiches“ in erster Linie dem Primat der Kriegsrelevanz und Aufrüstung.¹ Allen hohen NS-Funktionsträgern, selbst den borniertesten Nazis, war bewusst, dass man Kriege in der Moderne nur mit moderner Wirtschaft, modernem Technologie und eben moderner Wissenschaft würde führen können.

Die Phase der Systemetablierung mit ihren politisch-ideologischen Wirren, die zunächst auch in die Wissenschaften und die Wissenschaftspolitik hineinreichten, endete nach relativ kurzer Zeit. Ideologisierte Wissenschaftskonzepte traten ab Ende 1934, spätestens mit der Verabschiedung des Vierjahresplan im September 1936 infolge einer auf Effizienz bedachten pragmatischen Wissenschaftspolitik unter bellizistischen Vorzeichen zurück. Der Abgang des prominenten „Deutschen Physikers“ und Nobelpreisträgers Johannes Stark, ein früher Hitler-Anhänger und eingefleischter Antisemit, von den wissenschaftspolitischen Bühnen des „Dritten Reiches“ steht hier exem-

1 Zum Verhältnis von Krieg bzw. Militär und Wissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert allgemein (mit Betonung des Ersten Weltkrieges als einer Epochenschwelle, die eine nachhaltige und bis 1945 andauernde ‚Bellizisierung‘ der deutschen Wissenschaften im Gefolge hatte) vgl. jetzt Rüdiger Hachtmann, „Rauher Krieg“ und „friedliche Forschung“? Zur Militarisierung der Wissenschaften und zu Verwissenschaftlichung des Krieges im 19. und 20. Jahrhundert, in: Matthias Berg / Jens Thiel / Peter Walther (Hg.), *Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg*, Stuttgart 2009, S. 25 – 56, sowie die Beiträge der Sektion I in diesem Band. Für kritische Anmerkungen zum vorliegenden Beitrag danke ich Michael Grüttner.

plarisch. Der vor allem auf die Natur- und Technikwissenschaften – weniger dagegen auf die ideologienahen Geistes- und Kulturwissenschaften – bezogene Pragmatismus schloss auch die so genannte Grundlagenforschung ein, da den maßgeblichen NS-Funktionsträgern der enge Zusammenhang zwischen den (elastischen) Kategorien „Grundlagenforschung“ und „angewandter Forschung“ bewusst war und die Wissenschaftler ihrerseits selbst den engen Konnex zwischen beiden betonten.²

Zwischen den NS-Funktionsträgern und der überwiegenden Mehrheit der Wissenschaftler bestand über den Primat der Rüstungs- und Kriegsrelevanz Einigkeit. Der von den Nationalsozialisten 1933 im Konsens mit der traditionellen Rechten in Gang gesetzte „nationale Aufbruch“ und die damit einhergehende „Wiederwehrhaftmachung“ stießen auf Zustimmung in breiten Kreisen der Wissenschaftler und Hochschullehrer. Die außenpolitischen Ambitionen des Regimes, die schon früh erkennbar über eine bloße Revision des Versailler Vertrages hinausgingen und die „Neuordnung“ mindestens Mitteleuropas ins Auge fassten, enthusiastisierten und führten vielfach zu einer hochgradigen – durch den harschen Antisemitismus des Regimes wenig gedämpften – Selbstmobilisierung der reichsdeutschen Wissenschaftler.³

Die Bereitschaft der Wissenschaftler, aus nationalistischen Motiven heraus Energie und Tatkraft in den Dienst der „Wiederwehrhaftmachung“ und eines erneuten Griffs zur Weltmacht zu stellen, verweist auf starke Kontinuitäten. Das Gros der renommierten Forscher war im Spätwilhelminismus und durch den Ersten Weltkrieg sozialisiert, nach 1918 zumeist deutschnational orien-

2 So erklärte Planck Ende September 1933, dass gerade die Arbeiten an den auf die Grundlagenforschung konzentrierten Instituten der KWG entgegen den Vorurteilen einer schlecht informierten Öffentlichkeit „nicht rein akademischen Zwecken dienen, sondern [die Forscher] immer die Frage nach der praktischen Verwertbarkeit der Untersuchungen im Auge behalten“. Auch für die in der KWG institutionalisierte Spitzenforschung gelte: „die Gelehrten der Institute sind die Schrittmacher der Praxis“, so Präsident der KWG, der damit artikulierte, was innerhalb der Wissenschaftsgesellschaft Konsens war. Nach: WITEKO (Korrespondenz für Wissenschaft, Technik und Kultur, Berlin-Charlottenburg) vom 26. Sept. 1933, in: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (MPG-Archiv), Abt. I, Rep. 1A, Nr. 777. Knapp eineinhalb Jahre später, im März 1935, formulierte Planck – nun mit deutlich kritischem Akzent –, dass „die Weltanschauung des Forschers stets auf die Richtung seiner wissenschaftlichen Arbeit mitbestimmend einwirkt“ – die Annahme, Grundlagenforschung lasse sich aus dem politischen Kontext herausdefinieren und von ihrer Anwendung trennen mithin naiv sei. Max Planck, *Die Physik im Kampf um die Weltanschauung* (1935), in: ders., *Vorträge und Erinnerungen*, 11. Auflage, Darmstadt 1979 (EA 1949), S. 285–300, Zitat: S. 285 f. Zum Hintergrund vgl. Rüdiger Hachtmann, *Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit*, in: Monika Gibas / Rüdiger Stutz / Justus H. Ulbricht (Hg.), *Couragierte Wissenschaft. Fs. für Jürgen John zum 65. Geburtstag*, Jena 2007, S. 25–43.

3 Vgl. exemplarisch: Rüdiger Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. Die Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde., Göttingen 2007, sowie die in: ders., *Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Anmerkungen zu einigen Neuerscheinungen*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XLIII/2008, S. 539–606, besprochenen Titel zur neueren Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, außerdem die Beiträge von Patrick Wagner und Michael Grüttner im vorliegenden Band.

tiert und ihre Bereitschaft zur Rüstungsforschung bereits während der Weimarer Republik hoch. Die Beteiligung beispielsweise so ziemlich aller einschlägigen Kaiser-Wilhelm-Institute ab Mitte bzw. Ende der zwanziger Jahre an der ‚schwarzen‘, d. h. nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages strikt illegalen Rüstungsforschung steht hier exemplarisch.⁴

Das Jahr 1933 markiert in dieser Hinsicht mithin keinen so starken Bruch, wie man zunächst annehmen möchte. Mit der NS-Machtergreifung gestaltete sich die Orientierung auf Rüstung, Krieg und ebenso rassistische Paradigmen allerdings – und kaum verwunderlich – eindeutig. Politische wie moralisch-ethische Barrieren wurden abgeräumt, nicht nur mit Blick auf den Rassismus. Auch der Primat der Kriegsforschung musste nun nicht mehr kaschiert werden. Die Prioritätensetzung auf Kriegsrelevanz und Autarkiepolitik wiederum hatte zu Folge, dass es zu einer Verschiebung der Ressourcen zwischen den einzelnen Disziplinen kam. Protegiert wurden vor allem die Natur- und Technikwissenschaften sowie die Agrarwissenschaften, die medizinischen Disziplinen nur bis etwa 1939,⁵ während die Geistes- und Kulturwissenschaften mit symptomatischen Ausnahmen tendenziell vernachlässigt wurden.

II.

Die ältere historische Forschung hat gern von einer polykratisch bedingten Zersplitterung der Wissenschaften im „Dritten Reich“ gesprochen, die deren vorgebliche Ineffizienz mitbedingt habe. Abgesehen davon, dass das Konzept

4 Vgl. Helmut Maier, *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900 – 1945/48*, Göttingen 2007, Bd. 1, S. 266 – 283, 544 – 547; Florian Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*, Göttingen 2005, S. 192 – 220; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 113 ff.; Burghard Ciesla, *Das Heereswaffenamt und die KWG im „Dritten Reich“*. Die militärischen Forschungsbeziehungen zwischen 1918 und 1945, in: Helmut Maier (Hg.), *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*, Göttingen 2007, S. 32 – 76, bes. 41 ff.; Sören Flachowsky, *„Alle Arbeit des Instituts dient mit leidenschaftlicher Hingabe der deutschen Rüstung“*. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung als interinstitutionelle Schnittstelle kriegsrelevanter Wissensproduktion 1917 – 1945, in: ebd., S. 153 – 214, bes. S. 163 – 168 (und die dort jeweils genannte ältere Literatur) sowie den Beitrag von Flachowsky im vorliegenden Band.

5 Vgl. exemplarisch für die KWG, Rüdiger Hachtmann, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 56/2008, Heft 1, S. 19 – 52, S. 31 f. (Tabelle 2). In welchen Dimensionen die agrarwissenschaftliche Forschung während des „Dritten Reiches“ privilegiert gefördert wurde, lässt sich – neben der Gründung und dem Ausbau entsprechender KWG-Institute – auch an der Förderpraxis des RFR bzw. der DFG ablesen. 1928 gingen lediglich knapp zehn Prozent der DFG-Zuwendungen an biologische und agrarwissenschaftliche Forschungsprojekte; bis 1943 vervierfachte sich dieser Anteil fast, auf 38 %. Nach: Sören Flachowsky, *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg*, Stuttgart 2008, S. 377 f.

„Polykratie“ auf mehr zielt als auf institutionelle Zersplitterung und Kompetenzkonkurrenz,⁶ war die traditionell föderal strukturierte reichsdeutsche Wissenschaftslandschaft institutionell tatsächlich bereits lange vor 1933 vielfältig aufgefächert, zum großen Ärger der Protagonisten.⁷ Damit war auch Ressourcenkonkurrenz lange vor 1933 konstitutiv für Wissenschaftsmanagement und -politik geworden.⁸

Nach 1933 beförderte insbesondere der Auf- und Ausbau der Teilstreitkräfte sowie die Implementierung von Sonderkommissaren die wissenschaftspolitische und wissenschaftsinstitutionelle Zersplitterung. Diese Zersplitterung wurde allerdings durch gleichzeitige Verreichlichungsbestrebungen konterkariert, Bestrebungen, die mit der Implementierung des Reichserziehungsministeriums 1934 begannen und, wie namentlich die Geschichte des Reichsforschungsrates ab 1937 bzw. 1942 zeigt,⁹ keineswegs erfolglos waren. Relativiert wird das Diktum vom Verschleiß an Ressourcen durch institutionelle Zersplitterung außerdem durch zahlreiche, bisher nur teilweise erforschte innerwissenschaftliche, interinstitutionelle, formalisierte oder

6 Vgl. hierzu sowie zur Kritik der älteren historischen Forschung, die angesichts eines unausgesprochenen normativen Bezugs auf den Idealtypus „bürgerlicher Anstaltsstaat“ nur „Zerfall“, „Auflösung“, „Ineffizienz“ usw. der NS-Herrschaft konstatieren kann: Rüdiger Hachtmann, „Neue Staatlichkeit“ im NS-System – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: Jürgen John / Horst Möller / Thomas Schaarschmidt (Hg.), *Die NS-Gaue – regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“?*, München 2007, S. 56–79; ders., *Elastisch, dynamisch und von katastrophaler Effizienz – Anmerkungen zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus*, in: Wolfgang Seibel / Sven Reichardt (Hg.), *Prekäre Organisationen: das Beispiel der nationalsozialistischen Verwaltungen*, erscheint 2010.

7 So sprach beispielsweise der politisch sehr einflussreiche langjährige Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung in einem längeren Artikel in der Vossischen Zeitung vom 29. Juli 1930 verärgert von einem „Wirrwarr und der Planlosigkeit auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Forschung“.

8 Dass die Vielfalt – realer oder potentieller – finanzieller Träger und Geldgeber auch erhebliche Vorteile haben konnte, ist für die KWG exemplarisch skizziert in: Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 3), bes. Bd. 1, S. 232 ff.

9 Vgl. die bahnbrechende Studie von: Flachowsky, *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat* (wie Anm. 5), S. 232–487. In den älteren, teilweise auf den apologetischen Erinnerungen der Zeitgenossen basierenden Studien wird dagegen eine weitgehende Erfolglosigkeit des RFR suggeriert: Kurt Zierold, *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden 1968, S. 215–272, bes. S. 252 f., 255, 269, 272; Notker Hammerstein, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftsgeschichte in Republik und Diktatur 1920–1945*, München 1999, S. 205–546, z. B. S. 543 f.; Lothar Mertens, „Nur politisch Würdige“. Die DFG-Forschungsförderung im „Dritten Reich“ 1933–1937, Berlin 2004, bes. S. 127, sowie (ohne Kenntnis der Arbeit von Flachowsky) ders., *Reichsforschungsrat*, in: Ingo Haar / Michael Fahlbusch (Hg.), *Handbuch zur Geschichte der völkischen Wissenschaften*, München 2008, S. 527–531, bes. S. 527 f.

auch informelle, ausgesprochen elastische „Querverbünde“, also Arbeitsgemeinschaften, die Krauch'schen „Akademien“ usw.¹⁰

Vorgebliche institutionelle Zersplitterung und Kompetenzkonkurrenz habe, so hat die ältere NS-Forschung außerdem gern kolportiert, zu „Doppelarbeit“ und damit zu erheblichen Reibungsverlusten und Ressourcenverschwendungen geführt. Dieses Diktum übersieht, dass „Doppelarbeit“ auch funktional sein kann, nämlich dann, wenn es um unterschiedliche methodische Zugänge auch unter denselben Zielstellungen geht. Das der ökonomischen Sphäre entlehnte Prinzip der Konkurrenz, das während des „Dritten Reiches“ in die politisch-exekutive Sphäre implementiert wurde (Doppelspitze, Sonderkommissare etc.) und auch Wissenschaft und Forschung prägte, wirkte im Gegenteil oft hochgradig stimulierend und erklärt wesentlich Dynamik sowie Mobilisierungsfähigkeit des NS-Regimes und seiner Teilbereiche – nicht zuletzt eben der Wissenschaft und Forschung. Wenn das NS-Regime ab 1939 fast sechs Jahre lang gegen weit überlegene militärische und wirtschaftliche Gegner bestehen konnte, dann ist dies auch auf eine zumindest in größeren Teilbereichen entgegen traditioneller Legende leistungsfähige reichsdeutsche Wissenschaft und Wissenschaftsorganisation zurückzuführen.

III.

Wissenschaft ist nicht gleich Wissenschaft, sondern disziplinar und institutionell zu unterscheiden. Vor allem ab 1936 kam es zu teilweise gravierenden Verschiebungen im reichsdeutschen Wissenschaftsgefüge, und zwar vor allem auf zwei Ebenen:

Zum einen wurden ganz offensichtlich materielle Ressourcen von den Hochschulen in die *außeruniversitären* Forschungseinrichtungen gelenkt. Der Rückgang der Studentenzahlen und ebenso der allerdings sehr viel schwächere Rückgang der Zahl der Dozenten sind ein unübersehbares Indiz für die stiefmütterliche Behandlung der Universitäten (wobei hier freilich auch der Studentenstau der vorausgegangenen Weltwirtschaftskrise sowie die guten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten nicht-akademischer Schulabgänger ab 1935 zu berücksichtigen sind).¹¹ Auf der anderen Seite wurden außeruniversitäre Wissenschaftseinrichtungen in einem Umfang mit Geldern ausgestattet, von denen vor 1933 kaum jemand zu träumen gewagt hatte. Wenige Zahlen müssen hier genügen: Der Etat der KWG lag 1943 um 66 % über dem Niveau von 1929 (also dem letzten Jahr der auch für die Forschung Goldenen Zwan-

10 Vgl. die Beiträge in: Maier (Hg.), *Gemeinschaftsforschung* (wie Anm. 4), sowie ders., *Forschung als Waffe* (wie Anm. 4).

11 Vgl. Konrad Jarausch, *Deutsche Studenten 1800–1970*, Frankfurt a. M. 1984, S. 129–140, 178 ff.; Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, S. 21 f., 101–109, 487–493.

ziger Jahre), der der DFG um 94 % (einen Göringschen Sonderfonds von 50 Mio. RM ab 1943 noch gar nicht eingerechnet). Noch stärker stiegen die Etats besonders militärnaher Einrichtungen wie der Chemisch-technischen Reichsanstalt (bis 1920: Militärisches Versuchsamtl). Zwischen 1930 und 1938 erhöhte sich der Etat dieser anwendungsorientierten Forschungseinrichtung um 148 %, also um das Zweieinhalbfache.¹² Oft noch dynamischer entwickelte sich die Industrieforschung.¹³ Sie war angesichts ausgelasteter Produktionskapazitäten sowie einer rasch eintretenden hohen Profitabilität insbesondere der mittelbar oder unmittelbar in die Aufrüstung involvierten Industrien finanziell oft opulent ausgestattet und konnte erfolgreich gerade auch renommierte Forscher aus den Technischen Hochschulen, Universitäten sowie selbst den einschlägigen Kaiser-Wilhelm-Instituten abwerben.¹⁴

Außerdem kam es parallel dazu, vor allem ab 1936/37, zur bereits ange deuteten Verschiebung der Ressourcen zwischen den einzelnen Disziplinen – weg von den Geistes- und Kulturwissenschaften, hin vor allem zu den Natur-, Technik- und Agrarwissenschaften. Diese unter dem NS-Regime vorgenommene Umprofilierung der reichsdeutschen Forschungslandschaft ordnet sich freilich in langfristige Trends ein und weist Züge genereller „Modernisierung“ auf (wobei hier ein normativ nicht aufgeladenen Begriff von „Modernität“ vorausgesetzt wird, einer, der – im Sinne etwa Detlev Peukerts – die Verwerfungen und Ambivalenzen der Moderne einschließt). Diese mit der oft vorzüglichen Ausstattung außeruniversitärer Institutionen scharf kontrastierende relative Vernachlässigung der Universitäten sowie vor allem eine Sicht, die Geistes- und Kulturwissenschaften als irrelevanten Luxus betrachtet und stattdessen die Natur-, Technik-, Bio- und Agrarwissenschaften in den Vordergrund rückt, charakterisiert jedenfalls nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus.

Nach 1945 kam es – in Reaktion auf die Zeit der NS-Diktatur und die Rolle

12 Vgl. im Einzelnen: Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 191–258; ders., *Der Ertrag eines erfolgreichen Wissenschaftsmanagements. Die Etatentwicklung wichtiger Kaiser-Wilhelm-Institute 1929 bis 1944*, in: Maier (Hg.), *Gemeinschaftsforschung*, S. 561–598; Flachowsky, *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat* (wie Anm. 5), bes. S. 374–390.

13 Vgl. z. B. Lutz Budraß, *Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945*, Düsseldorf 1998, S.531 (Tab. 40); Burghard Weiss, *Rüstungsforschung am Forschungsinstitut der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft bis 1945*, in: Helmut Maier (Hg.), *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*, Göttingen 2002, S. 109–141, bes. S.123; Andreas Zilt, *Rüstungsforschung in der westdeutschen Stahlindustrie. Das Beispiel der Vereinigten Stahlwerke AG und Kohle- und Eisenerforschung GmbH*, in: ebd., S. 183–213, bes. S.194 f., 203 f. Raymond G. Stokes, *Von der I.G. Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der BASF (1925–1952)*, in: Werner Abelshauser (Hg.), *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte*, München 2002, S. 221–358, hier: S.245, 292 f. Bei Siemens stiegen die Aufwendungen für die Forschung zwischen 1928/29 und 1942/43 um 165,3 % (Siemens-Schuckert-Werke) bzw. 258,1 % (Siemens & Halske). Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 201.

14 Vgl. exemplarisch: Maier, *Forschung als Waffe* (wie Anm. 4), S. 316–321.

vieler Technik- und Naturwissenschaftler für die deutsche Kriegführung – an den Universitäten zu einer Renaissance der Geistes- und Kulturwissenschaften, allerdings nur vorübergehend. So wurden Technische Hochschulen sukzessive zu Technischen Universitäten, zu „universitas humanitatis“ gemacht, indem ihnen geisteswissenschaftliche Fachbereiche implementiert wurden, in der retrospektiv sicherlich naiv anmutenden Hoffnung, die spezialistische Engführung einer rein fachwissenschaftlichen Ausbildung zu konterkarieren und auf diese Weise die pflichtefrigen, vermeintlich unpolitischen, vom Nationalsozialismus angeblich lediglich instrumentalisierten Techniker und Naturwissenschaftler gegen Anfechtungen wie die zwischen 1933 und 1945 immunisieren zu können. Den Vorreiter machten die Briten, die die TH Charlottenburg 1946 zur Technischen Universität erweiterten, indem sie darauf drangen, dass an dieser Technischen Hochschule eine Philosophische Fakultät aus der Taufe gehoben wurde, in der erklärten Absicht, künftige Studenten der vor allem durch ihre 1935 gegründete Wehrtechnische Fakultät in besonderem Maße diskreditierten Berlin-Charlottenburger Hochschule neben der spezialwissenschaftlichen Ausbildung an einer „an den Normen des Friedens, der Demokratie und einer humanistisch geprägten Kultur zu orientieren“.¹⁵ Inzwischen hat sich der oben angedeutete Trend erneut durchgesetzt: Seit den neunziger Jahren nun wird die TU Berlin gründlich ‚modernisiert‘ und die geisteswissenschaftliche Fakultät weitgehend abgewickelt, darunter nicht zuletzt ihr jahrzehntelang florierendes Geschichtsinstitut.

IV.

Ganz so eindeutig, wie man manchmal glauben möchte, scheint der Trend einer sukzessiven Verdrängung der Geistes- und Sozialwissenschaften allerdings selbst während des „Dritten Reiches“ nicht gewesen zu sein. Spätestens ab 1939 durften sogar die Kulturwissenschaften auf Ressourcenerweiterung hoffen, von den Sozialwissenschaften, die sich z. B. im Namen der „Raumplanung“ in den Dienst der Neuordnung Europas gestellt hatten, ganz zu schweigen.¹⁶ So konnte etwa das kunsthistorische Institut der Universität

15 Vgl. Reinhard Rürup Die Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879 – 1979. Grundzüge und Probleme ihrer Geschichte, in: ders. (Hg.), Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879 – 1979, 2 Bde., Berlin 1979, S. 3 – 47, hier bes. S. 30 – 34, Zitat: S. 33. Die anderen bundesdeutschen THs folgten dem Schritt der TU Berlin, geistes- und kulturwissenschaftliche Fakultäten zu generieren und sich in „Technische Universität“ oder „Universität“ umzubenennen, erst zwanzig Jahre später.

16 Als besonders förderungswürdig galten die am „Generalplan Ost“ und vergleichbaren Planungen für „Bevölkerungsverschiebungen“ direkt oder indirekt beteiligten Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler. Auch hier ist auf Kontinuitäten hinzuweisen. So befürwortete Konrad Meyer – der Hauptverantwortliche für den berüchtigten „Generalplan Ost“, der ab 1956 seine Karriere auf einen Lehrstuhl für Landesplanung an der TH Hannover fortsetzen durfte – 1959 in Expertisen für die EWG erneut „planmäßige, Absiedlungs- und Peulierungsmaßnah-

Wien umfangreiche zusätzliche Ressourcen mobilisieren, nachdem dessen führende Vertreter für die „Südostarbeit“ im Donauraum der ehemaligen K.u.K.-Monarchie einen (wie sich der damals prominente Kunsthistoriker Hans Sedlmeyr Anfang 1941 freute:) „prompt bewilligten“ Vierjahresplan über die Jahre 1939 bis 1943 für den „Vorstoß der deutschen Wissenschaft“ gegen die „Vorherrschaft“ der „am Balkan lange führenden französischen Kunstgeschichte“ aufgelegt hatten.¹⁷ Selbst die Geistes- und Kulturwissenschaften konnten also offensichtlich hoffen, auf dem Rücken der Wehrmacht von der Besetzung Europas und längerfristig vor allem von den gigantisch-barbarischen Neuordnungs-Plänen der Diktatur, die immer auch die kulturelle oder „geistige“ Hegemonie eines völkisch-rassistisch verstandenen Deutschlands einschlossen, zu profitieren.

Noch mehr gilt dies freilich für die Natur-, Technik- und Agrarwissenschaften. Hier kam ab 1938 eine auf Dauer angelegte Strategie zum Tragen, die sich auf folgende Formel reduzieren lässt: ‚Die Wehrmacht verschafft uns – also der reichsdeutschen Wissenschaft – mit ihren Eroberungen Zugriff auf materielle wie personelle Ressourcen, auf wissenschaftliches Kapital, im Ausland; wir wiederum verschaffen der Wehrmacht mit den auf diese Weise erweiterten wissenschaftlichen Ressourcen einen Rüstungsvorsprung („Rüstung“ ganz weit gefasst), der die deutsche Herrschaft mindestens in Europa perpetuiert.‘¹⁸

Am Beispiel der KWG¹⁹ lässt sich zeigen, dass dieses Konzept nicht folgenlos blieb und sich die deutsche Wissenschaftslandschaft vor dem Hintergrund dieses wissenschaftsimperialistischen Konzeptes nach einer Art Metropole-Peripherie-Modell auch tatsächlich organisatorisch neu zu formieren

men“ zwecks „Verwirklichung der ‚neuen Ordnung‘ Europas“, nun allerdings nicht mehr (offen) rassistisch grundiert. Ihre bis 1945 ausgearbeiteten Raumordnungsentwürfe deklarierten Meyer u. a. retrospektiv zu „reinen Grundlagenforschungen“ um. Vgl. Isabel Heine- mann, Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: dies. / Patrick Wagner, Einleitung zu: Wissenschaft – Planung – Vertreibung, Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 45–72, Zitate: S. 65 f., 71.

17 Hans H. Aurenhammer, Hans Sedlmeyr und die Kunstgeschichte an der Universität Wien 1938–1945, in: Kunst und Politik. Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft, Band 5/2003. Schwerpunkt: Kunstgeschichte an den Universitäten im Nationalsozialismus, hg. von Jutta Held / Martin Papenbrock, S. 161–194, hier: S. 166.

18 Die Formulierung ist von mir. Sie fasst entsprechende zeitgenössische Anschauungen etwa von Rudolf Mentzel, dem Chef des Amtes Wissenschaft im „Reichsministerium für Erziehung, Volksbildung und Wissenschaft“ und (ab 1936) DFG-Präsidenten sowie Ordinarius für Wehrchemie an der TH Berlin-Charlottenburg, oder von Hubert Meth zusammen, einem Vertrauten des auch wissenschaftspolitisch einflussreichen Chefs des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau, Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und (ab 1940) Vorstandsvorsitzenden der I.G. Farbenindustrie Carl Krauch. Vgl. im einzelnen Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 3), Bd. 2, bes. S. 871, 963–967.

19 Vom ‚Beispiel KWG‘ wird hier gesprochen, weil ähnliches auch für andere Forschungsinstitutionen zu vermuten steht.

begann. Die ‚allgemeine‘ Grundlagenforschung sollte nach dem Willen der Führungsspitze der KWG in Berlin-Dahlem sowie anderen Standorten des Altreichs, als dem Kern des geplanten, ‚neugeordneten‘ nationalsozialistischen Europas, verbleiben. 1938 traten neben Berlin außerdem Wien und (jedenfalls mit Blick auf die KWG:) Prag als weitere, künftige Wissenschaftsmetropolen hinzu. In der europäischen ‚Peripherie‘ sollten lediglich regionenbezogene Forschungseinrichtungen angesiedelt werden, in erster Linie agrarwissenschaftliche und biologische Institute, die die wissenschaftliche Grundlage für die ökonomische Ausnutzung der jeweils landestypischen Fauna und Flora legen oder sich, gleichfalls unter dem Gesichtspunkt ökonomisch optimaler Verwertung, regional spezifischen geologischen Problemen widmen sollten (z. B. Kohle- und Silikatforschung).²⁰ Dieses Konzept ließ sich problemlos mit den wirtschaftsimperialistischen Prämissen des NS-Regimes verzahnen, die „Großdeutschland“ als den hochindustriellen Kern des künftigen nationalsozialistischen Europas vorsahen und vor allem den Ländern Osteuropas den Status von Agrarkolonien zuwiesen.

Dem angedeuteten Metropole-Peripherie-Modell korrespondierten drei Grundformen der institutionellen Expansion deutscher Wissenschaften, die sich am vom NS-Regime vorgegebenen Konzept des ‚rassistischen Raumes‘ orientierten und ebenfalls für die KWG exemplifizieren lassen. Den ersten Typus nenne ich ‚*einvernehmliche Expansion*‘, weil diese Variante der organisatorischen Ausdehnung auf einer alles in allem gleichberechtigten Kooperation mit den Wissenschaftlern und ‚ihren‘ Instituten in den jeweiligen Zielregionen basierte. Praktiziert wurde diese Variante der ‚freundlichen Übernahme‘ vor allem in Österreich seit Mitte 1938.²¹ Der zweite Typus organisatorischer Ausdehnung kann als ‚*entwicklungspolitische Expansion*‘ bezeichnet werden. Auch er setzte grundsätzlich auf Einvernehmen, ging jedoch zugleich von einem wissenschaftlichen Rückstand der Zielländer aus und war als eine Art forschungspolitische Entwicklungshilfe konzipiert. Geographisch richtete sich diese Variante der Expansion auf die mit der NS-Diktatur verbündeten und von ihr abhängigen Staaten vor allem in Südosteuropa; zeitlich begann sie grob im Frühjahr 1939. Die dritte Variante schließlich lässt sich als ‚*aggressive Expansion*‘ kennzeichnen. Sie behandelte Wissenschaftler wie Forschungseinrichtungen als Ressourcen, über die man frei verfügen konnte (ohne Interessen und Wünsche der betroffenen Forscher zu berücksichtigen) und wurde vor allem in den unmittelbar von nationalsozialistischen Funktionsträgern, der Wehrmacht oder der SS beherrschten Gebieten praktiziert. Sie begann im September 1939 und schob

20 Hierzu und zum folgenden ausführlich: Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 764–778, 963–995.

21 Dies bezieht sich selbstredend nicht auf die entlassenen Wissenschaftler und Hochschullehrer, deren Zahl gerade in Österreich teilweise sehr hoch lag, an der Universität Wien z. B. bei gut vierzig Prozent.

sich mit dem Überfall auf die Sowjetunion zunehmend in den Vordergrund, ohne die beiden anderen Varianten gänzlich zu verdrängen.

Dem hier nur angedeuteten Metropole-Peripherie-Modell und ebenso die drei Grundformen der institutionellen Expansion lag das vom NS-Regime vorgegebenen Konzept des ‚rassischen Raumes‘ zugrunde. An diesem Konzept orientierte sich auch die ab 1939 praktizierte wissenschaftliche Beutepolitik, eine spezifische Form nationalsozialistischer ‚Ressourcenmobilisierung‘, die freilich gewisse Vorläufer in einer entsprechenden Praxis bereits während des Ersten Weltkrieges besitzt.²² Während sich reichsdeutsche Forschungsinstitutionen und Akteure im Westen Europas vergleichsweise zurückhaltend verhielten,²³ agierte man im Osten Europas – der von, in nationalsozialistischer Perspektive minderwertigen und hassenswerten Nationen besiedelt war – sowie ab Sommer 1943 in Italien von Anfang an enthemmt. Die neuere Forschung hat diese rassistisch grundierte, selektive Praxis räuberischer Ressourcenaneignung durch eine Fülle von Beispielen belegt.²⁴ Ab Mitte 1942 sank zwar allmählich die Hemmschwelle für „Sicherstellungen“ (wie der Raub von Patenten, wissenschaftlichen Apparaten etc. in den zeitgenössischen Schriftwechseln euphemistisch umschrieben wurde) auch im Westen Europas,

22 Vgl. exemplarisch Christoph Roelf, Dinosaurier-Sklette als Kriegsziel: Kulturraubplanungen, Besatzungspolitik und die deutsche Paläontologie in Belgien im Ersten Weltkrieg, in: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte 27/2004, S. 5 – 26.

23 Dies lässt sich nicht nur für die KWG, sondern auch z. B. für die Aerodynamischen Versuchsanstalt (AVA) nachweisen. Vgl. Florian Schmaltz, Nationaal Luchtvaartlaboratorium (NLL) in Amsterdam under German occupation during World War II, in: Ad Maas / Hans Hooijmaijers (Ed.), Scientific Research in World War II. What Scientists did in the war, London / New York 2009, S. 147 – 182. Der AVA, die 1933 80 Beschäftigte zählte, im April 1937 aus dem Wissenschaftsverbund der KWG gelöst wurde, gehörten 1940 mehr als 700 Mitarbeiter an. Sie kontrollierte neben der Amsterdamer NLL zwei aerodynamische Forschungseinrichtungen in Frankreich und etablierte darüber hinaus Filial-Institute in den Alpen nahe Kufstein (Österreich), in Prag („Protektorat Böhmen und Mähren“) sowie in Finse (Norwegen). Schmaltz zeigt exemplarisch für die NLL, dass sich die AVA bei den westlichen Instituten mit einer indirekten ökonomischen Kontrolle begnügte bzw. diese durch rechtsstaatlich korrekte Verträge, ohne offen ökonomische Übervorteilung, an sich band, während sie umgekehrt die Einrichtungen des Ende 1941 besetzten Aerodynamischen Instituts in Charkow bis Anfang 1943 in das württembergische Ummendorf abtransportieren ließ.

24 Vgl. (ohne Anspruch auf Vollständigkeit:) Susanne Heim, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933 – 1945, Göttingen 2004, S. 45 – 49, 89 ff., 227 ff., 232 ff.; Florian Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005, S. 178 – 187; Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat (wie Anm. 5), S. 426 ff.; Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 979 – 990; Heiko Stoff, „Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen“. Wilhelm Eitel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung, 1926 – 1945, in: Maier (Hg.), Gemeinschaftsforschung (wie Anm. 4), S. 503 – 560, hier: S. 551 ff. Zur Beteiligung von Geisteswissenschaftlern an der Plünderung von Archiven, Bibliotheken, Museen und Kunstsammlungen in den okkupierten Gebieten vgl. als Überblick (mit weiterführender Literatur) Jan Eckel, Deutsche Geisteswissenschaften 1870 – 1970. Institutionelle Entwicklungen, Forschungskonzeptionen, Selbstwahrnehmung, in: Neue Politische Literatur, 51/2006, S. 353 – 395, hier: S. 378 f.

etwa in den Niederlanden, in Belgien und Frankreich. Die entsprechenden „Auskämmaktionen“ blieben jedoch selbst in den letzten Kriegsjahren und im signifikanten Unterschied vor allem zu den besetzten sowjetischen Gebieten sowie zu Polen nur „punktuell“ (Sören Flachowsky).²⁵

V.

Zum Abschluss einige Thesen und Überlegungen für künftige Forschungen: ‚Profilbildung‘ und ‚Ressourcenverschiebungen‘ müssen durch harte Daten nachgewiesen werden. Eine möglichst flächendeckende Finanz- bzw. besser: Finanzierungsgeschichte der Forschung, aber auch der Ausstattung der Lehrstühle usw. würde genaueren Aufschluss über die konkreten Dimensionen der hier angedeuteten Umprofilierungen in Forschung und Lehre geben. Bisher ist dies vor allem für die KWG, die DFG bzw. den Reichsforschungsrat, in Ansätzen außerdem für die Preußische Akademie der Wissenschaften geschehen. Auffällig ist, dass sich fast alle Studien zu den Universitäten vor solchen Untersuchungen bisher gedrückt haben,²⁶ eine angesichts oft schlampiger Buchführung, schwarzer Kassen und anderer Faktoren, die allein die Zusammenstellung valider Daten erheblich erschweren, gewiss verständliche Zurückhaltung, die jedoch aufgegeben werden muss, wenn man substantielle Antworten auf die Frage nach den materiellen Ressourcenumschichtungen gewinnen will.

Trotz einiger spannender Arbeiten bleibt außerdem die Vernetzung der Hochschulen und ihrer Akteure ein Forschungsdesiderat. Der Begriff Vernetzung zielt auf mehrere Ebenen:

- auf die bereits erwähnte und von Helmut Maier, Sören Flachowsky und anderen zu Recht ins Zentrum gerückte wissenschaftliche Vernetzung durch interinstitutionelle und oft auch inter- (bzw. besser: transdisziplinäre) Verflechtung in Arbeitsgemeinschaften, Akademien usw.,
- auf die nicht nur aufgrund starker personeller Fluktuation engen Beziehungen zwischen unabhängiger, sowohl universitärer als auch außeruniversitärer Forschung einerseits und industrieller, d. h. auf unmittelbare Anwendung und profitable Verwertung abzielende, mithin abhängige Forschung andererseits,
- auf die (im hier interessierenden Zeitraum besonders wichtig): immer engere Verfilzung zwischen den Forschungseinrichtungen wie Protagonisten der Wissenschaft und ‚der Politik‘, also den einschlägigen Institu-

25 Vgl. Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat (wie Anm. 5), S. 411–415, 426–432, Zitat: S. 414; Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 990.

26 Eine rühmliche Ausnahme ist: Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, hg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln / Weimar / Wien 2009, für die NS-Zeit bes. S. 311–316, 561 ff.

tionen des Regimes und den maßgeblichen politischen Entscheidungsträgern – Vernetzungen, die insbesondere auf der *informellen Ebene* während des „Dritten Reiches“ gegenüber den vorausgegangenen, durch die Tradition des „Systems Althoff“ geprägten Jahrzehnte noch an Bedeutung gewannen, da Politik im NS-Herrschaftssystem stark personalistisch geprägt war, allerdings zunehmend an anderen als den gewohnten Orten stattfand.

Zu denken ist in diesem Zusammenhang außerdem an die vielfältigen Vernetzungen der Hochschulen wie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in die Gesellschaft hinein. Neben einer – nach Adressatenkreisen abgestuften – Öffentlichkeitsarbeit sind dabei die zahlreichen Honoratiorenklubs und Herrengesellschaften wie der 1907 gegründete „Aero-Club von Deutschland“, der 1864 gegründete „Club von Berlin“ sowie zahlreiche weitere alte wie neue Knotenpunkte elitärer Netzwerke²⁷ konkret ins Auge zu fassen, die nach 1933 zu zentralen Informationsbörsen²⁸ und Kommunikationszentren wurden. Diese von der NS-Forschung bisher weitgehend ignorierten Knotenpunkte elitärer Netzwerke waren von hoher Bedeutung für die vor allem ab 1936 immer stärkere Verzahnung der wissenschaftlichen, politischen, militärischen und industriellen Teilsysteme zu einem Gesamtkomplex, der eine Unterscheidung in einzelne Teilsysteme im Krieg kaum mehr möglich machte. Und sie waren auch verantwortlich für die Umschichtung profan-materieller Ressourcen, denn die wurden im „Dritten Reich“ tatsächlich ja immer stärker informell – und oft buchstäblich – ‚verschoben‘.

Schließlich (das knüpft daran an, geht jedoch gleichzeitig über die Wissenschaftsgeschichte im engeren Sinne hinaus:) wäre die Verbürgerlichung des Nationalsozialismus an der Macht zu untersuchen.²⁹ Alte und neue Eliten

27 Vgl. (mit Blick auf die KWG): Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 3), bes. Bd. 1, S. 138–173, 485 ff.; Bd. 2, S. 711–719; ders., *Vernetzung um jeden Preis: Alltagshandeln der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“*, in: Maier (Hg.), *Gemeinschaftsforschung* (wie Anm. 4), S. 77–152, bes. S. 98–110, 117–120, 144–152.

28 Hier kann nur darauf hingewiesen werden, dass die Ressource ‚Information‘ während des „Dritten Reiches“, das keine ‚normalen‘ Öffentlichkeiten und frei zugänglichen Informationsflüsse kannte, und ein unverstellter und schneller Zugang zu dieser Ressource ‚Information‘ ganz allgemein enorm an Bedeutung gewann. Auch deswegen ist der Stellenwert der genannten Klubs, aber auch der weniger formalisierter ‚Herrenabende‘ und ‚Männerfreundschaften‘ gar nicht zu überschätzen.

29 Vgl. allgemein dazu die aufschlussreichen Bemerkungen von: Ulrich Herbert, *Wer waren die Nationalsozialisten? Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat*, in: Gerhard Hirschfeld / Tobias Jersak (Hg.), *Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionselitén zwischen Mitwirkung und Distanz*, Frankfurt a. M. / New York 2004, S. 17–42. Selbst innerhalb der engeren Führung der Deutschen Arbeitsfront – als einer NS-Massenorganisation, der ein dezidiert proletarischer Ruf vorausging – lag der Anteil der bürgerlich bzw. mittelständisch geprägten Funktionsträger bei achtzig bis neunzig Prozent. Auffällig ist der ausgeprägt akademische Hintergrund und hier wiederum die hohe Zahl der Promovierten namentlich unter den mächtigen Leitern der Berliner DAF-Zentralämter. Vgl. Rüdiger Hachtmann, *Kleinbürgerlicher Schmerbauch und breite bürgerliche Brust – zur sozialen Zusammensetzung der Führungselite der Deutschen Arbeitsfront*, erscheint in: *Festschrift für Michael Schneider*, Bonn 2009.

kommunizierten nicht nur; sie verschmolzen tendenziell miteinander.³⁰ Dies wird deshalb leicht übersehen, weil in den Jahrzehnten nach 1945 das exkulpatorische Konstrukt des „echten“ oder „wirklichen Nationalsozialisten“ den Blick getrübt hat. Tatsächlich beherrschte der rabaukenhafte NS-Funktionär, der sich habituell vom meist großbürgerlichen, distinktionsbewussten Wissenschaftler und Hochschullehrer diametral unterschied, bestenfalls bis Mitte 1934 das Feld. Danach begannen NS-Funktionäre mit besseren, oft feinen Manieren und Liebe für die deutsche Hochkultur das Feld jedenfalls der Wissenschaftspolitik zu beherrschen. Sie besaßen zudem meist wissenschaftliche Meriten – sowie umgekehrt zahlreiche der namhaften Wissenschaftler und Hochschullehrer zusätzliche wissenschaftspolitische und Management-Funktionen übernahmen. So wenig wie es Sinn macht, für das „Dritte Reich“ generell Herrschaft und Gesellschaft schroff einander gegenüber zu stellen, so wenig sinnvoll ist es, den Wissenschaftskomplex unter dem Nationalsozialismus in eigentlich gutwillige, aber etwas weltfremde und leicht zu beeindruckende Wissenschaftseliten einerseits und böse NS-Funktionäre andererseits auseinanderzuidividieren. „Das war der Nationalsozialismus“, hat Hans Mommsen auf dem Historikertag 1998 seinem Bruder und anderen zugerufen, als diese mit Blick auf die deutsche Historikerkunft und deren Engagement für den Nationalsozialismus immer noch von „Verstrickung“ und ähnlichem sprechen wollten. Dieses Diktum ist auch und gerade für die Geschichte der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ernst zu nehmen.

30 Auf dieses (von der neueren NS-Forschung bisher viel zu wenig berücksichtigte) Phänomen hat bereits Neumann in seiner 1942 bzw. 1944 verfassten, bahnbrechenden Studie hingewiesen: Franz L., Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1944, Frankfurt a. M. 1977, hier: S. 659 ff.

Gebrochene Wissenschaftskulturen

Universität und Politik im 20. Jahrhundert

Herausgeben von
Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann,
Konrad H. Jarausch, Jürgen John
und Matthias Middell

Vandenhoeck & Ruprecht

Inhalt

Vorwort	9
 <i>Michael Grüttner / Rüdiger Hachtmann / Konrad H. Jarausch / Jürgen John / Matthias Middell</i>	
Wissenschaftskulturen zwischen Diktatur und Demokratie Vorüberlegungen zu einer kritischen Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts	11
 I. Von der Weltgeltung zur Not deutscher Wissenschaft?	23
 <i>Jürgen John</i>	
Universitäten und Wissenschaftskulturen von der Jahrhundertwende 1900 bis zum Ende der Weimarer Republik 1930/33	23
 <i>Sylvia Paetschek</i>	
Was heißt „Weltgeltung deutscher Wissenschaft?“ Modernisierungsleistungen und -defizite der Universitäten im Kaiserreich	29
 <i>Gabriele Metzler</i>	
Deutschland in den internationalen Wissenschaftsbeziehungen, 1900 – 1930	55
 <i>Sören Flachowsky</i>	
Krisenmanagement durch institutionalisierte Gemeinschaftsarbeit Zur Kooperation von Wissenschaft, Industrie und Militär zwischen 1914 und 1933	83
 <i>Jürgen John</i>	
„Not deutscher Wissenschaft?“ Hochschulwandel, Universitätsidee und akademischer Krisendiskurs in der Weimarer Republik	107

II. Zwischen Autonomieverlust und Selbstmobilisierung (1930 – 1945)	143
<i>Michael Grüttner / Rüdiger Hachtmann</i>	
Wissenschaften und Wissenschaftler unter dem Nationalsozialismus Selbstbilder, Praxis und Ressourcenmobilisierung	143
<i>Michael Grüttner</i>	
Nationalsozialistische Wissenschaftler: ein Kollektivporträt	149
<i>Carola Sachse / Mark Walker</i>	
Naturwissenschaften, Krieg und Systemverbrechen Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im internationalen Vergleich 1933 – 1945	167
<i>Patrick Wagner</i>	
Forschungsförderung auf der Basis eines nationalistischen Konsenses Die Deutsche Forschungsgemeinschaft am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus	183
<i>Rüdiger Hachtmann</i>	
Die Wissenschaftslandschaft zwischen 1930 und 1949 Profilbildung und Ressourcenverschiebung	193
III. Tradition und Modernisierungsversuche im deutsch-deutschen Vergleich (1945 – 1990)	209
<i>Matthias Middell</i>	
Ähnlichkeiten und Unterschiede im Vergleich der deutschen Wissenschaftssysteme nach 1945	209
<i>Mitchell G. Ash</i>	
Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945	215
<i>Tobias Kaiser</i>	
Planungseuphorie und Hochschulreform in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz	247
<i>Ralph Jessen</i>	
Massenausbildung, Unterfinanzierung und Stagnation Ost- und Westdeutsche Universitäten in den siebziger und achtziger Jahren	261

Matthias Middell

Auszug der Forschung aus der Universität? 279

**IV. Die deutschen Hochschulen seit 1990: Provinzialität oder
Rückkehr zur Exzellenz? 303**

Konrad H. Jarausch

Doppelter Umbruch

Die Transformation ostdeutscher Hochschulen und die gesamtdeutsche
Hochschulreform 303

Peer Pasternack

Erneuerung durch Anschluss?

Der ostdeutsche Fall ab 1990 309

Konrad H. Jarausch

Säuberung oder Erneuerung?

Zur Transformation der Humboldt-Universität 1985–2000 327

Detlef Müller-Böling

Entfesselung von Wettbewerb

Von der Universität zum differenzierten Hochschulsystem 353

Peter Strohschneider

Zu einigen aktuellen Entwicklungslinien des deutschen

Wissenschaftssystems 367

Autorinnen und Autoren 379